

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Dienstag, 27. Februar 2024 · Nr. 48 · 245. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50



DANYLO PAVLOV / AP

Jahrhundertealte Feindschaft

Der gegenwärtige Krieg zwischen Russland und der Ukraine wird irgendwann zu Ende gehen, doch der Hass wird nicht schwinden. Die Feindschaft geht weit zurück. Seit dem zwölften Jahrhundert führte das Moskauer Reich Hunderte Kriege, mit dem Ziel, benachbarte Nationen zu unterwerfen. Im Bild ein ukrainischer Häftling bei einem Gefangenaustausch.

Feuilleton, Seite 32

«In der Schweiz besteht eine lange Tradition des Rechtspopulismus»

Der Historiker Damir Skenderovic erklärt, was die SVP und die AfD verbindet

cn. · Die AfD in Deutschland, die FPÖ in Österreich und die Schweizerische Volkspartei (SVP) werden oft miteinander verglichen. Doch lassen sich die drei Parteien in Beziehung setzen, ohne dass man auch ihre Geschichte und die unterschiedlichen politischen Systeme in den drei Ländern berücksichtigt? Der Freiburger Historiker Damir Skenderovic, der seit Jahren über Rechtsparteien und die radikale Rechte forscht, findet, ja. Wenigstens bis zu einem gewissen Grad sei ein Vergleich statthaft.

Natürlich hätten alle Parteien ihre Besonderheiten. Die FPÖ beispiels-

weise sei lange Mitglied der Liberalen Internationale gewesen. Erst ab 1986 sei sie unter dem Vorsitz von Jörg Haider zu einer rechtspopulistischen Partei geworden. Doch sowohl die AfD als auch die FPÖ und die SVP gehörten zur Parteienfamilie der Rechtspopulisten.

Dass sich die SVP selber nicht als rechtspopulistisch, sondern als rechtsbürgerlich versteht, erklärt Skenderovic nicht nur mit dem Selbstverständnis der Partei, sondern auch mit dem Geschichtsbild der Schweiz. Die SVP sei seit Jahren eine Exporteurin für rechtspopulistische Ikonografie. Ihre Plakat-

kampagnen hätten rechte Parteien in ganz Europa beeinflusst. Man solle sich deshalb die Frage stellen, wieso die Partei nicht dazu stehe, dass sie ein Teil dieser rechtspopulistischen Parteienlandschaft sei. Denn wenn sie sich das einmal eingestanden habe, könne sie auch damit anfangen, sich zu fragen, was das denn konkret bedeute. «Man sollte nicht vergessen, dass eine lange Tradition des Rechtspopulismus in der Schweiz besteht», sagt Skenderovic. Die Nationale Aktion habe zu den ersten rechtspopulistischen Parteien in Europa gehört.

Schweiz, Seite 7

Schweden kann der Nato beitreten

Ungarn gibt seinen Widerstand auf

Nach Ankara lenkt nun auch Budapest ein. Schweden wird 32. Mitglied der Militärallianz. Zuvor hat sich der ungarische Regierungschef Viktor Orban monatelang quergestellt.

MERET BAUMANN, WIEN

Knapp zwei Jahre nach dem Beitrittsantrag ist der Weg in die Nato auch für Schweden endlich frei. Am Montagmittag erfolgte die Ratifizierung im ungarischen Parlament mit überwältigender Mehrheit: 188 Ja- und 6 Nein-Stimmen gegenüber. Einzig die rechtsextreme Partei Mi Hazank lehnte die Vorlage ab. Nachdem die Türkei ihren Widerstand gegen den Beitritt des nordischen Landes vor gut einem Monat aufgegeben hatte, fehlte nur noch die Zustimmung aus Budapest – obwohl die Regierung versichert hatte, Ungarn werde in dem Aufnahmeverfahren nicht als letztes Land entscheiden.

Nun endet Ungarns monatelange, die Bündnispartner verstörende Hinhalte-taktik. Die Verteidigungsallianz erfährt eine wichtige Stärkung. Die Regierung in Budapest hatte zwar stets betont, Schwedens Nato-Beitritt zu unterstützen. Die entsprechende Vorlage wurde der Legislative zwar auch längst überwiesen und ein Votum mehrmals in Aussicht gestellt. Doch es wurde unter immer neuen Vorwänden vertagt.

Zunächst hiess es, die Legislative sei überarbeitet wegen der vielen Bedingungen der EU für die Freigabe der blockierten Kohäsionsgelder. Dann war von Vorbehalten bei der Regierungspartei Fidesz die Rede wegen der schwedischen Kritik an rechtsstaatlichen Defiziten und der «Beschimpfung Ungarns». Ministerpräsident Viktor Orban gab an, ihm seien die Hände gebunden – obwohl in seiner Partei nichts gegen seinen Willen geschieht.

Mit der Zustimmung Ankaras wuchs der Druck auf Ungarn. Orban versicherte dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, er werde das Parlament «weiterhin drängen», baldmöglichst zuzustimmen. Gleichzeitig erlaubte er sich weitere Provokationen. So lud er Schwedens Regierungschef Ulf Kristersson nach Budapest ein, um über den Beitritt zu «verhandeln», was Stockholm zunächst ablehnte. Es gebe nichts mehr zu verhandeln.

Symbolischer Erfolg für Orban

Eine von der Opposition beantragte Sondersitzung des Parlaments vor drei Wochen, an der auch die Botschafter von sechzehn Nato-Mitgliedstaaten anwesend waren, boykottierte der Fidesz. Ein erstaunlicher Affront war schliesslich, dass eine überparteiliche Delegation amerikanischer Senatoren beim Besuch in Budapest vor einer Woche weder von Regierungsvertretern noch von Fidesz-Abgeordneten empfangen wurde.

Doch innenpolitisch geriet Orban unter zunehmenden Druck, nachdem die Staatspräsidentin den Komplizen eines Kinderschänders begnadigt hatte. Die

öffentliche Empörung über den Pädophilie-Fall war gross. Orban kündigte vor gut einer Woche in seiner Rede zur Lage der Nation an, das Parlament werde Schwedens Beitritt zum Auftakt der Parlamentssession billigen. Bereits Anfang Februar hatte er ohne jede Gegenleistung seine Blockade eines 50 Milliarden Euro schweren EU-Hilfspakets für die Ukraine aufgeben müssen. Nun erlaubte ihm der Besuch seines schwedischen Amtskollegen Kristersson immerhin einen symbolischen Erfolg: Die beiden Länder schlossen ein Rüstungs- und Verteidigungsabkommen ab.

Dem Druck nachgegeben

Orban erklärte, es habe mit Schweden einen «vertrauensbildenden Prozess» gegeben, der mit Kristerssons Besuch abgeschlossen werden könne. So sei es ihm gelungen, seine Partei umzustimmen. Schweden regle das Leben anders als Ungarn, und beide Seiten müssten dies akzeptieren. Man wolle ja keine Ehe eingehen, sondern ein Militärbündnis.

Tatsächlich ist jedoch der Druck schlicht zu gross geworden, nachdem sich Ungarn nicht mehr hinter der Tür-

Ein Erfolg auf einem Nebenschauplatz

Kommentar auf Seite 19

kei hatte verstecken können. Als die Nato das Aufnahmeverfahren für die beiden nordischen Länder im Sommer 2022 in die Wege leitete, hatte die Türkei Zugeständnisse verlangt, zu denen sich Schweden und Finnland in einem Memorandum verpflichteten. Ungarn stellte der Nato dagegen keine konkreten Bedingungen. Das machte die Diskussionen mit Budapest in den letzten Monaten schwierig: Es war unklar, was Orban konkret wollte. Die Nato stand damit vor demselben Problem, das auch die EU kennt: Der ungarische Regierungschef nutzt das Einstimmigkeitsprinzip, um für seine Zustimmung sachfremde Zugeständnisse zu erzwingen.

Die Rolle als Rebell gegen einen seiner Ansicht nach verkommenen Westen kann Orban innenpolitisch gut verkaufen. Gleichzeitig sendet er damit auch ein Signal an den Kremlherrscher Wladimir Putin, zu dem er nach wie vor gute Beziehungen pflegt. Als kremltreuer Quertreiber innerhalb des westlichen Bündnisystems verärgert der Ministerpräsident seine Partner allerdings zunehmend. In der Nato ist Ungarn mittlerweile ähnlich isoliert wie in der EU.

Innenpolitisch konnte Orban am Montag eine Krise zumindest vordergründig beilegen. Das Parlament wählte auf Vorschlag seiner Partei Tamas Sulyok zum neuen Staatspräsidenten. Der 67-jährige Jurist steht seit sieben Jahren dem Verfassungsgericht vor. Er folgt auf Katalin Novak, die erste Frau im höchsten Amt. Die enge Vertraute Orbans musste vor zwei Wochen im Zuge des Pädophilie-Skandals zurücktreten.

ANZEIGE

Leistungsdruck?

PADMA[®] NERVOBEN
Nerven und Psyche
Gelassen durch den Tag, in eine ruhige Nacht

Für die **NERVEN** und innere **GELASSENHEIT**

Tibetische Rezepturen aus der Schweiz. **Natürlich!** **PADMA**
Magnesium trägt zu einer normalen Funktion des Nervensystems und zu einer normalen psychischen Funktion bei.

Angriff auf die Werbung

Krankenversicherung ohne Werbekosten gefordert

hus. · Die Kunden der obligatorischen Krankenversicherung sollen mit ihren Prämien keine Werbekosten mehr bezahlen müssen. Das fordert eine parlamentarische Initiative, die nun in der Sozialkommission des Nationalrats eine knappe Mehrheit erhielt. Werbung von Krankenkassen wäre zwar laut dem Vorstoss weiterhin zugelassen, aber die Kosten dafür dürften die Kassen nicht mehr der Grundversicherung anlasten. Verzicht auf Werbung oder Bezahlung durch die Zusatzversicherung wären die Optionen.

Eine Belastung der Grundversicherungskunden mit Werbekosten ist laut der Mehrheit der Kommission angesichts des laufenden Anstiegs der Krankenkassenprämien nicht mehr akzeptabel. Doch auch wenn beide Parlamentskammern diesen Vorstoss umsetzen wollen, würden dies die Prämienzahler kaum merken. Denn das Total der Werbekosten in der Grundversicherung macht nur etwa 0,2 Prozent des Prämienvolumens aus. Die Sache riecht stark nach Symbolpolitik.

Wirtschaft, Seite 21

«Man tut so, als habe das Land kein Problem mit Rechtsextremismus»

Die SVP lässt sich ungern mit der AfD vergleichen. Doch es gebe Parallelen, sagt der Historiker Damir Skenderovic im Gespräch mit Christina Neuhaus. Die Partei sei mit ihren Schäfchen- und Stiefel-Sujets seit Jahren ein Vorbild für Rechtspopulisten in ganz Europa

Herr Skenderovic, Die SVP wird in Deutschland immer wieder als Vorbild für die AfD herangezogen. Dasselbe gilt für die FPÖ in Österreich. Lassen sich die drei Parteien überhaupt vergleichen, ohne dass man auch ihre Geschichte und die unterschiedlichen politischen Systeme der Länder berücksichtigt?

Bis zu einem gewissen Grad, ja. Bei allen drei Parteien handelt es sich um rechtspopulistische Parteien. In der Geschichtsforschung spricht man von den klassischen Parteifamilien, von konservativen, liberalen, kommunistischen und sozialdemokratischen Gruppen. In den 1990er Jahren wurden diese Familien um die Rechtspopulisten erweitert. Natürlich haben sie je nach Land alle ihre Besonderheiten. Die FPÖ beispielsweise war lange Mitglied der Liberalen Internationalen. Ab 1986 unter dem Vorsitz von Jörg Haider wurde sie zu einer rechtspopulistischen Partei.

Die AfD ist eine junge Partei mit Kontakten zu Rechtsextremen, die FPÖ wurde nach dem Krieg von Alt-Nazis gegründet, die SVP wiederum hat politisch ziemlich diverse Wurzeln und steht seit Jahrzehnten in der Regierungsverantwortung.

Das politische Konkordanzsystem der Schweiz zielt seit 1945 darauf ab, möglichst viele Wählerinnen und Wähler zu integrieren. Deshalb ist die SVP seit längerem Teil unseres Regierungssystems. Allerdings hat sich die SVP von einer bäuerlich-konservativen Partei zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt. Man kann das zeitlich ziemlich gut verorten. Das war zur Zeit der EWR-Abstimmung, 1991/92. Damals lancierte die SVP auch ihre erste eidgenössische Volksinitiative «gegen die illegale Einwanderung».

Wie definieren Sie Rechtspopulismus? Definitionskriterien für Rechtspopulismus sind primär die Anti-Eliten-Hal-



Damir Skenderovic
Professor an der
Universität Freiburg

tung, eine nationalistische und fremdenfeindliche Politik und die Ausgrenzung von Minderheiten.

Laut der Politikwissenschaftlerin Pippa Norris, die 2017 in einer vielbeachteten Studie 268 Parteien aus 31 europäischen Ländern untersucht hat, ist die SVP allerdings keine rechtspopulistische Partei, sondern eine rechtskonservative Partei mit rechtspopulistischem Vokabular.

Wenn es um konservative Werte, Nationalismus, Nativismus und Immigration geht, spricht Pippa Norris aber von Populismus und stellt die SVP in die Nähe von Parteien wie der spanischen VOX, der polnischen PiS und der deutschen AfD.

Norris sagt, was die SVP von jüngeren Rechtsparteien unterscheidet, sei die Tatsache, dass sie Volksentscheide und die Institutionen respektiere.

Diese beiden Kriterien sprechen nicht gegen Populismus. Nehmen Sie die FPÖ oder die Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni. Rechtspopulistische Parteien sind durchaus in den Institutionen integriert. Meistens handelt es sich nicht um Parteien, die sich gegen demokratische etablierte Instanzen zur Wehr setzen. Sie nutzen sie.

Rechtspopulistische Parteien sind also nicht tendenziell antidemokratisch?



Die schwarzen Schafe und andere Sujets der SVP wurden von mehreren europäischen Rechtsparteien kopiert. ALESSANDRO DELLA BELLA / KEYSTONE

Demokratie ist immer mehr als nur ihre Institutionen. Es geht um Werte wie Pluralismus, Gleichbehandlung, Inklusion. Aber wenn es um die rein institutionelle Perspektive geht, sind rechtspopulistische Parteien nicht unbedingt antidemokratisch. Sie nutzen die vorhandenen demokratischen Mittel und Institutionen für ihre Politik. Dasselbe gilt für die Akzeptanz von Volksentscheiden. Der Ruf nach einem Volksentscheid ist die klassische Forderung jeder populistischen Partei.

Das gilt in der Schweiz auch für alle anderen Parteien.

In der Schweiz ist die direkte Demokratie seit Ende des 19. Jahrhunderts Teil des politischen Systems und prägt die politische Kultur entscheidend. In den meisten anderen europäischen Ländern ist das nicht der Fall. Doch seit den 1990er Jahren gibt es eine Hauptforderung rechtspopulistischer Parteien nach mehr demokratischer Demokratie. Wieso? Weil hier der Volkswille ungefiltert, direkt und nicht parlamentarisch repräsentiert zum Ausdruck kommt. Weil damit plebiszitäre Legitimität eingefordert werden kann.

In der öffentlichen Debatte wird Rechtspopulismus allerdings zunehmend mit Rechtsextremismus gleichgesetzt. Zu Recht?

Betrachten wir die Gemeinsamkeiten. Hier kann man feststellen, dass es sowohl beim Rechtspopulismus als auch beim Rechtsextremismus um eine Weltanschauung der Ungleichheit geht. Das gesellschaftliche Weltbild basiert auf der Überzeugung, dass nicht alle Menschen gleich sind. Die Vorstellung naturbedingter Ungleichwertigkeit dient als Legitimierung von Ausgrenzung und Diskriminierung.

Konkret: Wann wird Rechtspopulismus rechtsextrem?

Nehmen wir den Begriff Remigration: Mit dem Wort hat der österreichische Rechtsextreme Martin Sellner eine Begriffskreation der Neuen Rechten aufgenommen. Es handelt sich dabei um eine strategische Finte, einen Begriff, der harmlos und unverdächtig daherkommt, aber einen verachtungswürdigen, historisch unerhörten Bedeutungs-

inhalt hat: Es geht um willkürliche Deportation, Ausschaffung und Wegweisung von Menschen. Ein Beispiel, wie die extreme Rechte ihre Ideen und Deutungen über bestimmte Begriffe und Semantik in die Mitte der Gesellschaft zu bringen versucht.

In der SVP spricht man zwar von «Asylschmarotzern», aber höchstens Randfiguren reden von «Remigration». Die Partei hat sich immer von Rechtsextremismus distanziert.

Wenn in der SVP jemand nationalsozialistisches Gedankengut äussert oder die Shoah relativiert, distanziert sich die Partei immer sehr schnell. Gleichzeitig pflegen einzelne SVP-Exponenten seit Jahren regelmässig Kontakte zu rechtsextremen Kreisen.

Die SVP pflegt weder Kontakte zu ausländischen Parteien noch zu rechtsextremen Parteien oder identitären Gruppierungen.

Das nicht, aber es kommt immer wieder zu punktuellen Verbindungen. Andreas Glarner war Mitglied der rechtsextremen Bürgerbewegung Pro Köln, und in Winterthur hat die SVP-Nationalratskandidatin Maria Wegelin die Medienarbeit an Mitglieder der Jungen Tat delegiert. Es gibt eine Geschichte solcher Beziehungen. Was es aber nicht gibt, ist eine Aufarbeitung.

Wie sollte denn eine solche Aufarbeitung aussehen?

Die Schweiz tut sich generell schwer damit, die eigene Geschichte des Rechtsextremismus zur Kenntnis zu nehmen. Viele denken, Rechtsextremismus sei nur an den äussersten Rändern vorhanden und jemanden als «rechtsextrem» zu bezeichnen, sei schlicht diffamierend. Aber die Geschichte zeigt, dass die rechtsextreme Ideologie der Ungleichheit auch in der Schweiz verbreitet ist. Wir sollten uns dieser Tatsache stellen. Anfang der 1990er Jahre gab es in der Schweiz eine hohe Anzahl rechtsextremer Gewalttaten. Da entstanden Gruppierungen, die Brandanschläge auf Asylunterkünfte verübten. In Chur starben vier Tamilen bei einem Brandanschlag, unter ihnen zwei Kinder. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gab es in der Schweiz mehr Morde von Rechtsextre-

men als in Deutschland. Doch während in Deutschland letztes Jahr auch Ministerpräsidenten an den 30. Jahrestag des Brandanschlags in Solingen erinnerten, verdrängt man diese Geschehnisse in der Schweiz.

Sie werfen der Schweiz gerade kollektive Verdrängung vor.

In der Schweiz ist die Idee eines Sonderfalls stark verankert. Man tut so, als habe das Land kein Problem mit Rechtsextremismus. Dies sei in anderen Ländern der Fall. Man spricht von einer Exterritorialisierung des Rechtsextremismus. Deshalb setzen sich die Öffentlichkeit und die Politik immer nur punktuell damit auseinander. Kommt ein Fall in die Medien, ist die Aufregung jeweils gross. Kurz danach wird dann von einem Einzelfall gesprochen, und der Vorfall wird wieder vergessen. Dabei hat auch die Schweiz eine Geschichte des Rechtsextremismus.

Mittlerweile wird fast jeden Samstag irgendwo «gegen rechts» demonstriert, und laut dem Bezirksgerichts Bremgarten ist Nationalrat Andreas Glarner ein «Gaga-Rechtsextremist». Werden da nicht alle Rechten gleich zu Nazis?

Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Aber es braucht vielleicht mehr begriffliche und definitorische Klarheit. Dies kann auch mit einem Blick in die Geschichte wie auch über die Landesgrenzen hinweg erreicht werden. Im Fall Glarner zeigt sich, dass die Diskussion dazu lange ausgeblieben ist und man wenig aus der Forschung oder aus Beispielen von ausserhalb der Schweiz gelernt hat. Auch gibt es in der Schweiz kaum eine grundsätzliche Debatte, wie man mit der grössten Partei umgeht, die Teil der rechtspopulistischen Parteienfamilie in Europa ist.

Was schlagen Sie vor?

Dass man mit dieser Verdrängung aufhört, dass man sich mit der Geschichte dieser Parteien befasst. Die SVP ist seit Jahren eine Exporteurin für rechtspopulistische Ikonografie. Ihre Plakatkampagnen und - Sujets haben rechte Parteien in ganz Europa beeinflusst. Wieso steht die Partei nicht dazu, dass sie ein Teil dieser rechtspopulistischen Parteienlandschaft ist? Denn wenn sie sich das einmal eingestanden hat, kann sie auch damit anfangen, sich zu fragen, was das denn konkret bedeutet. Man sollte nicht vergessen, dass eine lange Tradition des Rechtspopulismus in der Schweiz besteht.

Sie denken an die Schwarzenbach-Initiative?

Die Nationale Aktion gehörte zu den ersten rechtspopulistischen Parteien in Europa, und James Schwarzenbach war eine der ersten rechtspopulistischen Figuren im Nachkriegseuropa.

Die Erkenntnis, dass die Schweiz die Wiege des Rechtspopulismus ist, passt schlecht zum immer noch verbreiteten Geschichtsbild der Igel-Schweiz.

Das ist in der Tat das Problem. Der Igel-Schweiz-Mythos zieht sich einfach immer weiter. Es gibt einen interessanten Artikel aus dem Jahr 1966: «Nationale Erneuerungsbewegungen in der Schweiz» der bekannten Schweizer Historiker und Politologen Peter Gilg und Erich Gruner. Der Text beginnt so: «Der Schweizer neigt von Natur nicht zum politischen Extremismus. Links- und rechtsextreme Bewegungen sind in der Schweiz stets nur vorübergehend und nicht in breiten Schichten wirksam geworden. So hat auch in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus der Rechtsextremismus in der schweizerischen Politik keine bestimmende Bedeutung gewinnen können.» Daran glauben wir heute noch.